

Stefanie Wahl

Medien- und Öffentlichkeitsarbeit

Hegelallee 3
14467 Potsdam

Telefon 0331 / 23 72 92 - 16

Telefax 0331 / 23 72 92 - 29

stefanie.wahl@lakd.brandenburg.de

Pressemitteilung Nr. 35 vom 13. Juni 2022

Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Maria Nooke übergab den 6. Tätigkeitsbericht an die Landtagspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke und stellte ihn den Medien vor

Der 6. Tätigkeitsbericht der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD) umfasst die Arbeit der Jahre 2020/2021 und gibt Einblick in die Aufgaben und in die Schwerpunktsetzungen dieser beiden Jahre. Er beinhaltet Ausführungen zu allen Arbeitsgebieten, die von der Beratung für ehemals politisch verfolgte Menschen, über Forschung und Bildungsangebote für Jung und Alt sowie Aktivitäten im gesellschaftspolitischen Raum, bis hin zur Arbeit der bei der LAKD angesiedelten Anlaufstelle Anerkennung und Hilfe reichen. Das Interesse an der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in Brandenburg ist auch mehr als drei Jahrzehnte nach der Friedlichen Revolution und der Deutschen Einheit groß.

Das wichtigste Projekt war die fachliche Begleitung und Veröffentlichung der Sozialstudie, mit der repräsentative wissenschaftliche Erkenntnisse zur Situation der Menschen vorgelegt wurden, die in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR politisch verfolgt wurden oder Unrecht erlitten haben. Die Befunde sind alarmierend. Noch immer gibt es große Gerechtigkeitslücken: Menschen, die politisch verfolgt waren oder Unrecht erlitten, haben schlechtere Lebensbedingungen als die vergleichbare Bevölkerung des Landes Brandenburg. Ihre Einkommen sind deutlich geringer, ihre Gesundheit ist auffällig schlechter, ihre soziale Integration ist teilweise stärker beeinträchtigt. Sie müssen häufiger aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in Rente gehen. Das gilt zum großen Teil auch für Angehörige politisch Verfolgter, die erstmals auch in die Untersuchung einbezogen waren. Die Studienergebnisse zeigen deutlich, dass es eine wichtige Aufgabe ist, sich für die Besserung der Lebenssituation der Menschen einzusetzen, die in der DDR für Freiheit und Demokratie eintraten und dafür viele Nachteile in Kauf nehmen mussten. Neben der Veröffentlichung dieser alarmierenden Ergebnisse entwickelte die LAKD auf der Grundlage der Studie das Modellprojekt Traumaberatung für Menschen, die Hilfe bei ihren psychischen Belastungen suchen. Bereits kurz nach dem Start im Oktober 2021 wurde das Angebot von zunächst zwei auf nun drei Orte erweitert: In Senftenberg, Neuruppin und Potsdam werden regelmäßig einmal im Monat Beratungen durchgeführt. Aufgrund der positiven Resonanz und der hohen Nachfrage soll dieses Angebot in den nächsten Jahren weiter ausgebaut und verstetigt werden.

Zudem wurde der seit 2015 bestehende Härtefallfonds in diesem Jahr um 10.000 Euro auf nun 60.000 Euro aufgestockt, so dass noch mehr Menschen unterstützt werden können. Für dieses Jahr können noch Anträge eingereicht werden. (<https://aufarbeitung.brandenburg.de/beratung/haertefallfonds/>)

Nach der im November 2019 erfolgten Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze zeigen die Beratungserfahrungen der LAKD deutlich, dass es nicht nur bei der Anerkennung von Gesundheitsschäden noch immer offene Punkte gibt. Daraus ergibt sich eine aktuelle Initiative der Landesbeauftragten und der SED-Opferbeauftragten Evelyn Zupke zur Klärung weiterer Unterstützungen für ehemals politisch Verfolgte, die auf der heute stattfindenden Ost-Ministerpräsidentenkonferenz Thema ist.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete unter dem Jahresthema „Grenzen und Freiheit“ die zentrale Gedenkveranstaltung des Landes Brandenburg am 13. August 2021 in der ehemaligen Grenzkommune Hohen Neuendorf, in die die Bürgermeister aller Grenzkommunen und Spitzenpolitiker aus Brandenburg und Berlin eingebunden waren, die die 140 Namen der Mauertoten verlasen. Zu den inhaltlichen Rahmenangeboten der LAKD gehörten die Filmreihe Zeitschnitt mit einem Kurzfilmprogramm zur Grenzthematik und Generationenspaziergänge entlang der ehemaligen Grenze, die mit einem neuen, interaktiven und intergenerationellen Format zum Austausch über Geschehnisse und Folgen des Mauerbaus anregten.

Ein wichtiges Projekt war die Unterstützung des DDR-Geschichtsmuseums in Perleberg. Studierende des Public History Studienganges der Freien Universität Berlin erarbeiteten anhand der Erzählungen und Lebensstationen des Ehepaars Freimark, die das Museum gegründet haben, einen digitalen Rundgang durch die umfassende Ausstellung. Der Rundgang ist vor Ort im Museum und über das Internet abrufbar.

Die Anlauf- und Beratungsstelle der Stiftung Anerkennung und Hilfe hatte im Berichtszeitraum viele Hürden zu meistern. Sie berät Menschen, die als Minderjährige in Psychiatrien und Behinderteneinrichtungen vor 1990 Leid und Unrecht erlitten. Aufgrund der Corona-Pandemie konnten im Frühjahr 2020 plötzlich keine Beratungsgespräche mit den Betroffenen mehr stattfinden. Die moderne Technik machte eine zügige Umstellung auf Videokonferenzen möglich, galt es doch, noch weit mehr als 1.000 Menschen zu beraten. Mitte 2021 endete die Anmeldefrist bei der Stiftung. Bis dahin hatten sich 2.495 Personen im Land Brandenburg gemeldet. Sehr viele von ihnen hatten psychische Gewalt wie die Kontrolle aller Lebensbereiche, die Abschottung von der Außenwelt oder einen autoritären Umgangsstil durch das Personal erlitten. Oft gab es körperliche Gewalt in Form von Schlägen, Fixierungen oder medikamentöse Ruhigstellung. Bis zum Jahresende 2021 wurden im Land Brandenburg an knapp 1.700 Menschen Hilfen in Höhe von 17,8 Mio. Euro ausgezahlt (Stand 30.04.2022: 18,8 Mio. Euro an knapp 1.800 Menschen). Zum Ende des Jahres 2022 wird die Stiftung ihre Tätigkeit einstellen, da sie nur befristet angelegt war.

Auf Wunsch senden wir Ihnen gern ein Exemplar des Tätigkeitsberichts zu. Der Bericht ist auch auf unserer Homepage abrufbar unter: <https://aufarbeitung.brandenburg.de/ueber-uns/berichte/>